

Rede zum Antrag der Fraktion der FDP betreffend Digitale Bildung als Chance begreifen (19/6159)

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

besten Dank an die FDP-Fraktion für diesen Antrag, den wir sehr begrüßen.

Der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und gleichen Lebenschancen für alle Menschen liegt bekanntermaßen in der Bildung, denn sie befähigt Menschen zur Selbstbestimmung, sozialer Verantwortung und sie ist entscheidend für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Weil die Digitalisierung seit den 90er Jahren rasant voranschreitet, ist in heutigen Zeiten die Digitale Bildung entscheidend für die Teilhabe an einer digitalisierten Welt. Digitale Teilhabe ist soziale, gesellschaftliche, wirtschaftliche und in zunehmendem Maße auch politische Teilhabe. Es geht folglich um die Ermöglichung der digitalen Selbstständigkeit. Dass sich die zunehmende Digitalisierung und Medienentwicklung aber auch unmittelbar auf den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler und damit direkt auf ihre Zukunftschancen auswirken, das, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung bis heute nicht verstanden.

Der Erwerb zukunftsfähiger Kompetenzen im kritischen Umgang mit digitalen Medien und Informationen muss deshalb ebenso wie der Aufbau einer grundständigen IT-Kompetenz integraler Bestandteil heutiger Bildungsziele sein. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule besteht im Kern darin, Schülerinnen und Schüler angemessen auf das Leben in der derzeitigen und künftigen Gesellschaft vorzubereiten und sie zu einer aktiven und verantwortlichen Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben zu befähigen. Mit digitaler Bildung verhindern wir die digitale Spaltung der Gesellschaft. Darüber hinaus erleichtert

der Einsatz digitaler Medien individualisiertes und kooperatives Lernen und verbessert dadurch die Qualität und die Chancengerechtigkeit der Bildungssysteme.

Smartphones, Tablets und Computer bestimmen seit Jahren den Alltag von Kindern und Jugendlichen und sind unerlässlich für eine Vorbereitung auf die spätere Arbeitswelt. Doch in den hessischen Schulen, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und in den Hörsälen des Landes, in denen die Grundlagen gelegt werden müssen, herrscht in diesem Hinblick Kreidezeit. Dabei ist die Digitalisierung in der Bildung in weiten Teilen der Bundesrepublik längst Alltag. Die Geschwindigkeit, mit der neue Technik Einzug in die Schulen, Berufsschulen und Hörsäle hält und sich weiterentwickelt, ist hoch. Nur in Hessen kriecht man mal wieder der Entwicklung hinterher.

Um beim Sinnbild der Schnecke zu bleiben – der Landesregierung mangelt es erkennbar nicht nur am politischen Willen, digitale Bildung als zentralen Schlüssel zur Teilhabe an einer digitalisierten Welt zu begreifen. Voraussetzung zu einem chancengleichen Zugang zu digitaler Bildung ist vielmehr, dass im Rahmen der kommunikativen Daseinsvorsorge ein flächendeckender Zugang zum Netz sichergestellt ist und Unterschiede bei der Qualität und Geschwindigkeit des Internetzugangs durch den konsequenten Ausbau der Breitbandversorgung überwunden werden. Aber in der Frage, meine Damen und Herren, lässt die Landesregierung die Kommunen und Landkreise mal wieder alleine im Regen stehen.

Der weitaus schwerwiegendere Grund für eine digitale Spaltung liegt aber nicht am infrastrukturellen Zugang zum Netz, sondern in der Verteilung der Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien. Während Menschen mit geringer formaler Bildung und geringem Einkommen nur zu etwa 60 Prozent im Netz aktiv sind, sind es bei höher Gebildeten und besser Verdienenden über 90 Prozent. Ebenso wie im Nutzungsgrad zeigen sich aber auch in der Qualität der Nutzung erhebliche Unterschiede, die dem kompetenten Nutzer eine aktive Teilhabe

ermöglichen, wohingegen Menschen mit geringerem Bildungsgrad eher passive Nutzer sind. Nun mögen Sie selbstschützend argumentieren, die Unterschiede der Mediennutzung zwischen den Generationen würden alleine durch die demografische und gesellschaftliche Entwicklung mit der Zeit zurückgehen. Am sozialen Faktor der digitalen Spaltung ändert sich aber von alldem nichts – da ist die Landesregierung in der Pflicht, meine Damen und Herren.

Dabei – und das darf man nicht herunterspielen – sind die Gefahren dieser verschlafenen Entwicklung immens: Soziale Netzwerke unterstützen zwar soziale Kontakte auch in der realen Welt. Nahezu jedes Kind hat heute jedoch gleichzeitig ungehindert Zugang zu jugendgefährdenden Inhalten. Die Problematik von Mobbing und Diskriminierung verschärft sich in sozialen Netzwerken, gerade für Menschen, die nicht oder nicht hinreichend kompetent an der Digitalisierung teilhaben. Die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ist ein Grundanspruch, der allen Menschen gewährt werden muss. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung große Chancen in der Bildung, denn sie vereinfacht den Zugang zu Wissen. Und sie ermöglicht die optimale Individualisierung von Lernprozessen. Interaktive, multimediale und vernetzte Arbeitsmaterialien können in den Klassenraum geholt werden, Inhalte sind von überall aus zugänglich und ermöglichen lebendige Lernerfahrungen und nachhaltigere Lernerfolge.

Dabei darf Digitalisierung natürlich kein Selbstzweck sein. Es geht nicht darum, digitale Bildungsinhalte alleine in einem Pflichtfach wie „Informatik“ zu vermitteln, sondern in allen Bereichen des Lebens und Lernens – überall dort, wo es sinnvoll ist. Die Entwicklung und das Erwerben der notwendigen Kompetenzen für ein Leben in einer digitalen Welt gehen über notwendige informatische Grundkenntnisse weit hinaus und betreffen alle Unterrichtsfächer. Sie können daher keinem isolierten Lernbereich zugeordnet werden. Der Medienkompetenz kommt als fächerübergreifendem Baustein der schulischen digitalen Bildung eine viel zentralere Rolle zu. Unser Bildungssystem soll die

Schülerinnen und Schuler also in die Lage versetzen, Medien zu verstehen, zu beherrschen, zu verwenden, zu gestalten und zu bewerten. Bei der Medienkompetenz geht es folglich nicht nur um die technische Befähigung, sondern auch um einen kompetenten Umgang mit digitalen Medien und Informationen. Noch nie war es so einfach, an Informationen zu gelangen und noch nie so schwer, ihren Wahrheitsgehalt, ihre Relevanz und ihre Glaubwürdigkeit zu bewerten. Gerade deshalb ist es wichtig, schon früh die Fähigkeit auszubilden, mit der Vielfalt an Informationen souverän und verantwortungsvoll umzugehen sowie diese bewerten und einordnen zu können.

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, die ihr Amt schließlich aufgeben musste, wie wir alle wissen, hat den Schulen im Rahmen eines „Digitalpakts“ vollmundig fünf Milliarden Euro aus Bundesmitteln versprochen, damit den Schülern das digitale Lernen und Arbeiten beigebracht werden kann. „Wir müssen bei der digitalen Bildung einen großen Sprung nach vorn machen“, erklärte sie seinerzeit zu ihrem Prestigeprojekt. Aber schon vor der Bundestagswahl im vergangenen Jahr wurde deutlich, dass daraus nichts wird. Das Geld war im Bundeshaushalt nicht vorgesehen. Kein Geld vom Bund; kein Digitalpakt für die Schulen. Aus dem „großen Sprung nach vorne“ wurde ein Rohrkrepieler. Dass die Entwicklung eines „Digitalpakts“ offensichtlich nicht wichtig genug war, um sie in den Finanzplanungen zu berücksichtigen, ist ein ebenso peinliches wie fatales Zeichen, meine Damen und Herren. Unsere Kinder müssen schlussendlich ausbaden, was im CDU-geführten Bildungsministerium verbockt wurde.

Die neue Bundesregierung sollte, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, schnell die Initiative ergreifen und gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine gemeinsame Strategie für digitales Lernen entwickeln und umsetzen, die die Chancen der neuen Medien für gute digitale Bildung entschlossen nutzt. Dass das Kooperationsverbot endlich fallen soll – viel zu spät, aber besser, als nie – ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Bildung

ist aber nach wie vor Ländersache, und es entbindet die Landesregierung nicht von ihrer Verantwortung, verloren gegangene Zeit endlich aufzuholen.

Es ist für die bildungspolitische Zukunft des Landes unerlässlich, dass Schülerinnen und Schüler die Neuen Medien selbstbewusst und kreativ nutzen, aber auch mit Risiken, etwa in Bezug auf Suchtverhalten, Mobbing, sexistische, gewaltverherrlichende Inhalte und dem Thema Datenschutz verantwortlich umgehen lernen. Gleichzeitig sollen die Chancen der neuen Medien konsequent zur Gestaltung innovativer Lehr- und Lernprozesse und damit zur individuellen Förderung jedes Einzelnen herangezogen werden. Dazu benötigen die Schulen Ausbau, Wartung und Administration der technischen Infrastruktur, entsprechend qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit schnellem Internet. Digitale Medien können dabei selbstverständlich keine Lehrkraft ersetzen.

Wir brauchen insbesondere in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung niederschwellige Angebote, um Berührungängste abzubauen. Wir müssen den kompetenten Umgang mit digitalen Medien und der Erwerb medienpädagogischer Kompetenzen zu Grundbestandteilen der Ausbildung von ErzieherInnen und Lehrkräften, aber auch von weiteren pädagogischen Berufen wie SozialpädagogInnen machen. Wir müssen digitale Bildungsinhalte in den Bildungsplänen, Ausbildungs- und Studienordnungen verankern. Wir müssen den Einsatz digitaler Unterrichtsmedien in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen zu alltäglichen Vorgängen machen. Wir müssen ermöglichen, dass digitale Lerninhalte dann auch frei verfügbar sind, von jedem Einzelnen bearbeitet und neu kombiniert werden können. In inklusiven Bildungssituationen braucht es innovative Konzepte bei der Auswahl und dem Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien, die Unterschiede akzeptieren, Individualität unterstützen und für alle fruchtbar machen.

Nur wenn uns nicht nur der Ausbau des schnellen Internets, sondern auch ein chancengerechter Aufbau der Medienkompetenz gelingt und wir die

Menschen zur digitalen Selbstständigkeit befähigen, schaffen wir es, dass alle Menschen an den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potenzialen der Digitalisierung teilhaben.

Wir freuen uns auf die weitergehende Diskussion zu dem Thema im Kulturpolitischen Ausschuss.

Ich danke Ihnen!